Landeshauptstadt Hannover -50.60 - Datum 26.07.2016

Einladung

zur 43. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. August 2016,
17.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung der Protokolle über die 41. und 42. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 12.5.2016 und am 9.6.2016.

4. Sanierungsziele für das Gebiet Soziale Stadt Mühlenberg
(Drucks. Nr. 0972/2016)

Zu diesem Punkt ist eingeladen:
Bezirksbürgermeister Markurth, Stadtbezirksrat Ricklingen

5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge
(Drucks. Nr. 1465/2016)

6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einer Anhörung zur "Vergütung von Dozentinnen und Dozenten
(Drucks. Nr. 1021/2016 N1)

7. Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer aller Altersgruppen in Hannover
(Drucks. Nr. 1518/2016)

8. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds an das Webportal "Welt in Hannover" zur Förderung des mehrsprachigen Informationsaustausches über Einwanderung in Hannover
(Drucks. Nr. 1511/2016)

9. Bericht der Dezernentin

10. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover -50.60- Datum 19.08.2016

PROTOKOLL

43. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. August 2016, Rathaus, Hodlersaal

Beginn	17.00 Uhr
Ende	17.32 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsfrau Barnert	(SPD)	
Ratsfrau Dr. Clausen-Muradian	(Bündnis 90/Die Grünen)	i.V. Ratsherr Farnbacher
Ratsfrau Gamoori	(SPD)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	
Beigeordnete Dr. Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	i.V. Ratsherr Klapproth
Ratsfrau Pollok-Jabbi	(DIE LINKE)	
Beigeordnete Seitz	(CDU)	i.V. Ratsfrau Dr. Matz

Beratende Mitglieder:
Herr Faridi
Herr Ganijev
Frau Guaqueta-Korzonnek
Frau Kage
Herr Lam
Frau Dr. Sekler

Grundmandat:
Ratsherr Engelke (FDP)

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf	Dezernat III
Herr Catanak	OE 50.60
Herr Schneider	OE 50.6
Frau Schonauer	OE 61.41
Frau Steckelberg	OE 50.60
Frau Wille (Protokoll)	OE 50.60

Gäste:
Herr Koshbeen, Internetseite LHH

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung der Protokolle über die 41. und 42. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 12.5.2016 und am 9.6.2016.

4. Sanierungsziele für das Gebiet Soziale Stadt Mühlenberg
(Drucks. Nr. 0972/2016)

5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge
(Drucks. Nr. 1465/2016)

6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einer Anhörung zur "Vergütung von Dozentinnen und Dozenten
(Drucks. Nr. 1021/2016 N1)

7. Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur für Neuzuwanderinnen und Neuzwanderer aller Altersgruppen in Hannover
(Drucks. Nr. 1518/2016)

8. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds an das Webportal "Welt in Hannover" zur Förderung des mehrsprachigen Informationsaustausches über Einwanderung in Hannover
(Drucks. Nr. 1511/2016)

9. Bericht der Dezernentin

10. Aktuelles

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
Vorsitzender Bürgermeister Hermann begrüßt die Anwesenden und stellt die fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Da das Protokoll zur 41. Sitzung noch nicht versendet werden konnte, müsse die Abstimmung darüber in eine spätere Sitzung verschoben werden. Damit entfalle auch der nichtöffentliche Teil der heutigen Tagesordnung.
Ratsfrau Jeschke berichtet, dass TOP 5 auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen worden sei.
Stadträtin Beckedorf kündigt an, dass die Verwaltung TOP 7 zurückziehen werde. Da über den Inhalt der Drucksache schon in einem Haushaltsbegleitantrag abgestimmt worden sei, bedürfe es keines weiteren Beschlusses mehr.
Ratsfrau Seitz wundert sich darüber, dass in einem Haushaltsbegleitantrag eine konkrete

Summe genannt werde, ihrer Meinung nach sei das nicht zulässig.
Stadträtin Beckedorf verweist auf den vorliegenden Antrag, über den am 26.11.2016 abgestimmt worden sei.
Ratsherr Kelich wirft ein, dass man von verschiedenen Fonds spreche, hier zum Beispiel dem Integrationsfonds.
Frau Beckedorf erläutert, dass die gEMiDe zugesprochenen Mittel, anders als die für „Welt-in-Hannover“, nicht aus dem Integrationsfonds genommen werden sollten, sondern im Haushalt eingestellt worden seien. Da Vergaben aus dem Integrationsfonds über 4.000,- € immer über einen Ratsbeschluss liefen und es ein ungewöhnliches Vorgehen sei, über diesen Fonds per Haushaltsbegleitantrag zu verfügen, habe man diesen Zuwendungsantrag als TOP 8 in den Ausschuss eingebracht.
Beigeordnete Dr. Markowis bestätigt, dass es auch bisher so üblich gewesen sei, Beschlüsse über Zahlungen aus dem Integrationsfonds noch einmal im Ausschuss zu fassen. Das gelte nicht für Zusagen, die längerfristig gemacht würden.
Ratsfrau Seitz erläutert, dass das Missverständnis das Wort Haushaltsbegleitantrag gewesen sei.
Vorsitzender Bürgermeister Hermann bestätigt, dass es sich um einen Haushaltsantrag gehandelt habe. TOP 7 sei damit zurückgezogen.

Die geänderte TO wird einstimmig angenommen.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
Eine Einwohnerin stellt ihre Aktionsgruppe, das "DAF/DAZ Aktionsbündnis" vor und kündigt Fragen an den Rat der LHH an.
Vorsitzender Bürgermeister Hermann erklärt, dass die Verwaltung antworten werde, nicht die Ratsmitglieder.
Die Einwohnerin führt aus, dass das DAF/DAZ Aktionsbündnis sich Ende letzten Jahres organisiert habe und bundesweit vernetzt sei. Ihr Anliegen sei die Verbesserung der prekären Arbeitsbedingungen, unter denen DAF/DAZ-Dozent_innen gegenwärtig arbeiteten. Bei niedrigen Honoraren müssten sie zu 100 % selbst für die Kranken- und Sozialversicherung aufkommen. Zwar seien die Stundenhonorare vom BAMF für Integrationskurse nun angehoben worden, viele Kurse würden aber aus kommunalen Mitteln oder Landesmitteln finanziert. Daher gehe es auch um Angleichung dieser Honorare und um die prekären Arbeitsbedingungen insgesamt, es gebe noch vieles zu regeln. Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, seien sie gestern symbolisch im Mittellandkanal baden gegangen. Sie fragt, was die LHH tue, um die Situation der DAF/DAZ-Dozent_innen zu verbessern.
Stadtbeirätin Beckedorf bedauert, dass es unmittelbar durch die LHH kaum möglich sein werde, die prekäre Arbeitssituation zu verbessern. Die Kommune zahle Zuwendungen an Träger von Deutschkursen, die Bildungsträger legten die Stundenhonorare ihrer Dozent_innen selbst fest. Mit der VHS biete die LHH selbst Kurse an, dort habe sie eigene Vereinbarungen mit den Dozent_innen. Eine unmittelbare Einflussnahme auf die Träger sei aber schwierig.
Die Einwohnerin gibt zu bedenken, dass dann den Bildungsträgern entsprechende Zuwendungen gezahlt werden sollten, womit diese wiederum die Dozent_innen bezahlen könnten. Sie erkundigt sich, ob von Seiten der LHH Erhöhungen der Zuwendungen geplant seien.
Stadtbeirätin Beckedorf betont, dass die LHH in engem Austausch mit den Bildungsträgern stehe. Die Stadt unterstütze viele Bildungsträger in großem Umfang bei der Umsetzung von Deutschkursen, beispielsweise für Flüchtlinge und über das "Hannover Aktiv Pass"-Programm. Die Basis für diese Finanzierung sei die Summe, die der Rat dafür zur Verfügung stelle. Die LHH weise auf die Situation der Dozent_innen hin, ein direktes

Einwirken sei jedoch nicht möglich. Leider gelte die Zusage des BAMF für die Honorarerhöhung auf 35 € explizit nur für Integrationskurse und nicht für andere Deutschkurse. Daher müsse sie an den Bund und die Länder verweisen, die die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen müssten. Die Kommune könne das alleine nicht ausgleichen.
Die Einwohnerin führt aus, dass das Aktionsbündnis auf allen Ebenen aktiv sei, also auch auf Bundes- und Landesebene. Heute ginge es aber darum, was die Stadt Hannover dafür tue, die Situation der Lehrkräfte zu verbessern. Wenn sie richtig verstanden habe, sei es so, dass der LHH die Hände gebunden seien.
Stadtbeirätin Beckedorf räumt ein, dass die Kalkulation von Bildungsträgern die Grundlage sei, auf der der Rat über die Mittel bestimme, die den Trägern zur Verfügung gestellt würden. Nach ihrem Kenntnisstand seien sich die Bildungsträger der schlechten Arbeitsbedingungen der Dozent_innen bewusst, befänden sich aber selbst in einer beengten Situation.
Die Einwohnerin bedankt sich für die Möglichkeit, in diesem Rahmen ihre Fragen stellen zu können.

TOP 3.
Genehmigung der Protokolle über die 41. und 42. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 12.5.2016 und am 9.6.2016.
Protokoll zur 42. Sitzung einstimmig angenommen, Protokoll zur 41. Sitzung vertagt.

TOP 4.
Sanierungsziele für das Gebiet Soziale Stadt Mühlenberg
(Drucks. Nr. 0972/2016)
Es gibt keine Wortmeldungen.
Einstimmig

TOP 5.
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge
(Drucks. Nr. 1465/2016)
auf Wunsch der CDU in die Fraktion gezogen.

TOP 6.
Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einer Anhörung zur "Vergütung von Dozentinnen und Dozenten"
(Drucks. Nr. 1021/2016 N1)
Ratsfrau Pollok-Jabbi fasst die bisherige Diskussion über den Antrag vom Mai 2016 zusammen, diese sei bereits im Schul- und Bildungsausschuss geführt worden, wo der Antrag letztendlich abgelehnt worden sei. Sie bedauere, dass damit der gute Brauch verletzt worden sei, Anträge auf Anhörung anzunehmen, auch wenn sie von anderen Fraktionen gestellt würden. Deutschlehrer_innen erbrächten einen entscheidenden Anteil der Integrationsarbeit und arbeiteten momentan unter schlechten Bedingungen. Die Kommune sei bei der Lösungsfindung anscheinend relativ hilflos, was ein unleidlicher Zustand sei. Deshalb halte sie die Anhörung zum Wohle der Dozent_innen für dringend erforderlich. Die VHS müsse selbstverständlich aus der Liste der Anzuhörenden herausgenommen werden.
Beigeordnete Dr. Markowis führt aus, dass ihre Fraktion bereits eine Antwort an das Aktionsbündnis formuliert habe. Sie nehme das Thema der Entlohnung der Dozent_innen sehr ernst, ihre Fraktion habe in der letzten Woche eine AG zumThema durchgeführt, an der u.a. die Bildungsdezernentin und der Bildungsverein beteiligt gewesen seien. Eine ordentliche Entlohnung sei sehr wichtig. Die VHS plane, Festverträge mit den Dozent_innen abzuschließen. Es gehe um ein vielschichtiges Thema und es spreche nichts dagegen, das auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren und von allen Seiten zu beleuchten. Daher werde

ihre Fraktion die Anhörung nicht ablehnen, sondern enthalte sich in der Abstimmung.
Ratsfrau Jeschke unterstreicht, dass ihre Fraktion den Antrag unterstütze. Es sei guter Brauch, auch Anträge auf Anhörung anderer Fraktionen zu unterstützen. Auch ihre Fraktion habe im Kontakt mit dem Aktionsbündnis gestanden, habe sich Gedanken gemacht und werde Anträge zu dem Thema einbringen. Das Thema Sprache müsse in den Vordergrund der kommunalen städtischen Förderung gestellt werden, ihre Fraktion plädiere für eine zentrale Koordinierung der Dolmetscherdienste und werde einen Antrag auf Honoraranpassung für die DAF/DAZ-Lehrkräfte stellen. Andere Städte seien in diesen Fragen bereits weiter als Hannover, dort gebe es Festanstellungen und angepasste Honorarsätze. Sie selber wisse, was es bedeute, von niedrigen Honorarsätzen zu leben. Man müsse sich Rechnung darüber ablegen, welche Menschen den Hauptanteil in der Integrationsarbeit leisteten, das seien die Lehrkräfte in den Sprachkursen noch viel mehr als die Ratspolitiker_innen. Sie befürworte die Anhörung und plädiere für eine Honoraranpassung.
Ratsherr Engelke kritisiert, dass es bei aller Beteuerung, wie wichtig der Spracherwerb für die Integration sei, bei Lippenbekenntnissen dazu bleibe. Das helfe denjenigen, die die eigentliche Arbeit leisteten, allerdings wenig. Eine Anhörung könne den Horizont erweitern und helfen, Lösungsansätze aufzuzeigen.
Ratsherr Kelich betont, dass seine Fraktion dieses Thema ebenfalls sehr ernst nehme. Die Frage sei aber, wie man sich damit auseinandersetze, die Ernsthaftigkeit in der Sache sei entscheidend. Der Zeitpunkt des Antrages in der Wahlkampfphase sei merkwürdig gewesen. Mit einem nicht gedeckten Haushaltsantrag in den Rat zu gehen, sei eine plumpe Antwort, denn allen sei klar, dass dieser so nicht beschlossen werden könne. Diese populistische Art mit dem Thema umzugehen lehne er ab. Seine Fraktion werde sich der Anhörung aber nicht entgegenstellen, sondern sich enthalten.
Frau Guaqueta-Korzonnek gibt zu bedenken, dass die niedrige Entlohnung der freiberuflichen Sprachlehrer_innen nicht nur die DAF/DAZ-Dozent_innen betreffe, sondern alle anderen Sprachlehrkräfte auch. Diese würden ebenfalls ohne Sozial- und Krankenversicherung bei niedrigen Honoraren arbeiten, und ihre Situation müsse genauso verbessert werden, auch wenn der Erwerb der deutschen Sprache natürlich ein wichtiger Faktor für die Integration sei.
Ratsfrau Pollok-Jabbi weist zurück, „plump“ vorgegangen zu sein. Ihre Fraktion habe viele Gespräche geführt, sich Gedanken gemacht und bereits Anträge dazu gestellt, die Honorare für Dozent_innen anzugleichen, diese seien aber abgelehnt worden.

4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 6 Enthaltungen

TOP 7.
Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur für Neuzuwanderinnen und Neuzwanderer aller Altersgruppen in Hannover
(Drucks. Nr. 1518/2016)
Zurückgezogen, da über Haushaltsantrag bereits angenommen.

TOP 8.
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds an das Webportal "Welt in Hannover" zur Förderung des mehrsprachigen Informationsaustausches über Einwanderung in Hannover
(Drucks. Nr. 1511/2016)
Es gibt keine Wortmeldungen.
7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 9.
Bericht der Dezernentin
Stadträtin Beckedorf wirbt für einen Besuch des bunten Fests der Kulturen am 27. August

auf dem Trammplatz. Parallel finde in diesem Jahr ab 12:30 Uhr eine besondere Veranstaltung statt: die Migrationskonferenz unter dem Motto „Hannover als Einwanderungsstadt“ werde mit über 30 Migrantenselbstorganisationen bzw. dem MiSO-Netzwerk als Partner organisiert und dauere den ganzen Nachmittag. Der Oberbürgermeister eröffne mit einer aktuellen Stunde, es folge ein hochkarätiger Vortrag von Frau Prof. Naika Foroutan von der Humboldt Universität Berlin. Anschließend beginne die eigentliche Arbeit in verschiedenen Workshops, die jeweils durch MiSO-Mitarbeiter_innen moderiert würden. Um Anmeldung werde der besseren Planung halber gebeten, letztendlich seien aber auch spontane Gäste willkommen.
Vorsitzender Bürgermeister Hermann ergänzt, dass er an diesem Nachmittag mit Jugendlichen koche und lädt ein, das Ergebnis vor Ort zu testen.

TOP 10.
Aktuelles
Beigeordnete Dr. Markowis erinnert an den heutigen Jahrestag des AGG, das Antidiskriminierungsgesetz des Bundes gelte heute seit zehn Jahren. Das sei ein schöner Anlass, um in einer der kommenden Sitzungen des Internationalen Ausschusses über aktuelle Entwicklungen in der Arbeit der städtischen Antidiskriminierungsstelle zu berichten und diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.
Vorsitzender Bürgermeister Hermann bestätigt, dass das so gehandhabt werden solle.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

Beckedorf	Wille
Stadträtin	Für das Protokoll

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In die Kommission Soziale Stadt Mühlenberg
In den Stadtbezirksrat Ricklingen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 0972/2016
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Sanierungsziele für das Gebiet Soziale Stadt Mühlenberg

Antrag,

die aufgeführten Sanierungsziele für das Gebiet Soziale Stadt Mühlenberg zu beschließen:

- Herstellung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse, Aufwertung des Wohnungsbestandes, zugleich Schutz der örtlichen Bedarfe der derzeitigen Bewohnerinnen und Bewohner, auch Schaffung von Wohnangeboten für stabilisierende Bevölkerungsgruppen durch Sicherung von tragbaren Mieten sowie Anpassung an die perspektivische Wohnungsmarktentwicklung.
- Förderung von Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Klimaanpassung, der Umweltbildung sowie der Umweltgerechtigkeit.
- Einbeziehung und Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung im Sinne von Inklusion, durch barrierefreie Gestaltung von Wohnungen, Wohnumfeld, barrierefreien ÖPNV, Teilhabemöglichkeiten für alle Angebote im Quartier.
- Verbesserung der Nutzungs- und Aufenthaltsqualität öffentlicher und privater (Frei-) Räume, zielgruppenorientierte Gestaltung des Wohnumfeldes und der wohnungsnahen Grünflächen.

- Aufwertung öffentlicher Verkehrsräume inklusive der Wegenetze und Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Förderung und Stärkung der lokalen Ökonomie sowie der wohnungsnahen Versorgung, Vermeidung von Gewerbe und Dienstleistungen, die der Förderung, Bildung und Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen entgegenstehen.
- Schaffung zielgruppenorientierter Angebote, insbesondere zur Unterstützung von Menschen in belasteten Lebenslagen im Stadtteil, Hilfe zur Selbsthilfe.
- Stärkung präventiver Ansätze in den Bereichen Gewalt, Sucht, Gesundheit, Einkommensarmut.
- Absicherung und Ausbau von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, insbesondere für Migrantinnen und Migranten und Alleinerziehende.
- Stärkung gemeinwesenorientierter Ansätze zum Aufbau und zur Stabilisierung sozialer Netze, Stabilisierung von Nachbarschaften und gesellschaftlicher Teilhabe.
- Stärkung und Schaffung einer gemeinsamen Stadtteilidentität und einer positiven Außenwahrnehmung.
- Förderung einer Kultur der Beteiligung und Mitwirkung sowie des ehrenamtlichen Engagements zur Steigerung der Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner.

Bestandteil aller Sanierungsziele und der daraus abgeleiteten Handlungsansätze und Projekte sind die Zielsetzungen des Programms Soziale Stadt, die städtischen Richtlinien, das Konzept des „Gender Mainstreaming“, die von der Stadt Hannover beschlossenen Klimaschutzzielsetzungen sowie die Förderung der Inklusion und Integration von Bevölkerungsgruppen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Ziele der Sanierung im Rahmen des Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt" orientieren sich gleichermaßen an den Belangen aller Bewohnerinnen und Bewohner des Gebietes. Bei der Verfolgung der Sanierungsziele werden die Erfordernisse der Gleichbehandlung, der Inklusion und der Barrierefreiheit richtungsweisend für alle Maßnahmen und Planungen sein.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen durch den Beschluss der Sanierungsziele. Der finanzielle Gesamtrahmen für die Sanierung innerhalb des Gebietes Soziale Stadt Mühlenberg war Gegenstand der Drucksache 2079/2015 N1 - Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes (Stadterneuerungsgebiet gemäß § 171 e BauGB) Mühlenberg.

Begründung des Antrages

Mit Beschluss der Drucksache 2079/2015 N1 ist Mühlenberg das fünfte Gebiet innerhalb Hannovers, dessen Sanierung über das Städtebauförderungsprogramm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale-Stadt" erfolgt.

Die vom Rat für jedes einzelne Sanierungsgebiet beschlossenen Sanierungsziele legen inhaltliche Maßnahmenschwerpunkte fest und definieren damit den Handlungsrahmen der Verwaltung. Zugleich sind die Sanierungsziele ein Steuerungsinstrument für Förderungsentscheidungen und Entwicklungsprozesse innerhalb des Sanierungsgebietes. Der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt erfordert und verlangt eine Verschränkung unterschiedlicher Handlungsfelder. Wichtige zusätzliche Förderprogramme wie z. B. BIWAQ sind schwerpunktmäßig für Gebiete Soziale Stadt in Übereinstimmung mit den dort festgesetzten Sanierungszielen zu akquirieren und durchzuführen. Die im Antragstext formulierten Sanierungsziele werden auch Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes (Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts ISEK) für Mühlenberg sein, das nach Erstellung jährlich fortgeschrieben wird und den Prozess der Sanierung gegenüber dem Land Niedersachsen und den politischen Gremien der Stadt Hannover darstellt und bilanziert. In ihrer allgemeinen Formulierung stellen Sanierungsziele zunächst nur Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarfe dar. Maßnahmen im Rahmen der Sanierung müssen mit diesen Zielen vereinbar sein und dürfen nicht im Widerspruch zu ihnen stehen. Die Sanierungsziele werden im Verlauf des Sanierungsprozesses regelmäßig überprüft, aktualisiert und gegebenenfalls ergänzt.

61.41
Hannover / 02.05.2016

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Antrag Nr. 1465/2016)

Eingereicht am 09.06.2016 um 14:39 Uhr.

Internationaler Ausschuss, Sozialausschuss, Verwaltungsausschuss

---

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge

Antrag
zu beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie eine elektronische Gesundheitskarte (eGK) für Menschen im Grundleistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes eingeführt werden kann. Die Rahmenvereinbarung des Landes Niedersachsens und das sog. Hildesheimer Modell werden dafür vorranging geprüft und vorgestellt.

Die Ergebnisse der Prüfung sind den Gremien im vierten Quartal 2016 vorzulegen.

Begründung
Das Land Niedersachsen hat eine Rahmenvereinbarung zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte vorgelegt, und den Kommunen den Beitritt mit Stichtag 1. April 2016 freigestellt. Das Land verfolgt mit der Rahmenvereinbarung das Ziel, die medizinische Versorgung für Flüchtlinge zu entbürokratisieren und gleichzeitig barrierefreier zu gestalten. Bislang müssen sich erkrankte Menschen mit Aufenthaltsstatus bei der Stadt Hannover einen Behandlungsschein holen und jeden Arztbesuch und den Behandlungsumfang im Vorfeld genehmigen lassen. Das niedersächsische Gesundheitsministerium hat diesem Verfahren einen hohen Verwaltungsaufwand bescheinigt.

Nun liegt es bei den für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zuständigen Kommunen, der Rahmenvereinbarung beizutreten oder bei dem bisherigen Bewilligungssystem zu bleiben.

Bespiele wie das Verfahren im Landkreis Hildesheim – hier wurde direkt ein Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) abgeschlossen – zeigen, dass auch andere Modelle zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen ermöglichen, die Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu reformieren und Diskriminierung und Bürokratieaufwand zu verringern.

Zu den Ergebnissen des Stadtdialogs 2030 gehört die Forderung, auf neue Anforderungen aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen der Stadtgesellschaft zu reagieren und bestehende Arbeitsabläufe in der Verwaltung kontinuierlich zu hinterfragen.

Die Prüfung dient dem Zweck, angesichts geringer personeller Ressourcen in der Stadtverwaltung Kosten und Nutzen bei möglicher Einführung der eGK zu ermitteln und beispieldienenden Verfahren aus anderen Kommunen gegenüber zu stellen.

Christine Kastning Freya Markowis

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende

Hannover / 09.06.2016

Antrag
(Antrag Nr. 1021/2016 N1)

Eingereicht am 13.05.2016 um 15:48 Uhr.

Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation, Schul- und Bildungsausschuss

---

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einer Anhörung zur "Vergütung von Dozentinnen und Dozenten

Antrag zu beschließen:

Der Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation führt gemeinsam mit dem Kulturausschuss eine Anhörung zum Thema „Vergütung von Dozentinnen und Dozenten für Deutsch als Fremdsprache“ durch. Anzuhören sind dabei:

- Aktionsbündnis DaF Hannover
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Niedersächsisches Kultusministerium
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover
- Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V.

Begründung:

Mit dem Eintreffen zahlreicher Flüchtlinge in Deutschland hat sich die Nachfrage nach Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten massiv erhöht. Gleichzeitig werden Deutschkurse immer wichtiger für die Integration. Auf der anderen Seite klagen die rund 20.000 Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer hierzulande über eine unangemessen niedrige Bezahlung. Die meisten von ihnen erhalten als Selbstständige Honorarzahlungen nach geleisteten Stunden. Das bedeutet, sie sind im Krankheitsfall nicht abgesichert, erhalten keinen bezahlten Urlaub, und müssen Kranken- und Rentenversicherung zu 100 Prozent selbst bezahlen. Das entspricht bei Vollzeitbeschäftigung einen Nettoverdienst von nur rund 1.000 - 1.300€ im Monat, Altersarmut ist so vorprogrammiert.
Mit der Anhörung soll über die aktuelle Lage der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer in den Integrationskursen aufgeklärt, sowie nach möglichen Lösungen gesucht werden.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 13.05.2016

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1518/2016
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Zuwendung zur Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur für Neuzuwanderinnen und Neuzwanderer aller Altersgruppen in Hannover an den Verein gEMiDe e.V.

Antrag,
dem Verein gEMiDe e.V. zur Umsetzung und Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer aller Altersgruppen in Hannover eine Zuwendung in Höhe von

25.000,- €

aus dem Ergebnishaushalt 2016, Teilhaushalt 50 Fachbereich Soziales, Produkt 11137 Migration und Integration zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Maßnahme steht Frauen und Männern gleichermaßen offen.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	**Bezeichnung**	
Einzahlungen	**Auszahlungen**	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migration und Integration

Ordentliche Erträge	**Ordentliche Aufwendungen**	
	Transferaufwendungen	25.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-25.000,00**

Begründung des Antrages
Die hannoverschen Einwohner_innen zeigen eine enorme Unterstützungsbereitschaft und möchten geflüchteten und neuzugewanderten Menschen helfen. Das Projekt schafft einen Raum um dieses Engagement zu betreuen und zu begleiten. gEMiDe e.V. ist eine Migrant_innenorganisation die Bürger_innenbeteiligung von Migrant_innen fördert. Mit dem Projekt "In Vielfalt gemeinsam - Förderung der Willkommens- und Teilhabekultur aller Altersgruppen in Hannover" wird diese Expertise auf die Gruppe von geflüchteten Menschen ausgedehnt. Dabei steht das Ziel der gegenseitigen Anerkennung von Fähigkeiten und einer Unterstützung bei Bedarf im Vordergrund.

50
Hannover / 23.06.2016

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1511/2016

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds an das Webportal "Welt in Hannover" zur Förderung des mehrsprachigen Informationsaustausches über Einwanderung in Hannover

Antrag,

eine Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds in Gesamthöhe von

25.000,- €

aus dem Ergebnishaushalt 2016, Teilhaushalt 50, Produkt 11137 Integration und Migration vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Angebot des geförderten Projektes stehen Menschen jeglichen Geschlechts in gleicher Weise zur Verfügung.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit
Investitionsmaßnahme

Einzahlungen	Auszahlungen	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Integration Migration

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	
	Transferaufwendungen	25.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-25.000,00**

Begründung des Antrages
Das Webportal "Welt in Hannover" hat das Ziel als mehrsprachige Internetseite die vielseitige Stadtgesellschaft Hannovers darzustellen und sichtbar zu machen. Sie bietet Neueingewanderten und bereits in der Stadt Hannover lebenden Einwohner_innen die Möglichkeit, eine mehrsprachige Informations- und Austauschplattform zu nutzen. Das Webportal "Welt in Hannover" informiert dabei über Bildungs- und Beratungsangebote und fördert die Vernetzung der unterschiedlichen bereits vorhandenen Communities in der Stadt Hannover. Die Themenschwerpunkte liegen im Bereich Arbeit und Gesundheit, jedoch auch Freizeitaktivitäten der unterschiedlichen Migrant_innenselbsthilfeorganisationen werden veröffentlicht. Die Netzwerkarbeit mit städtischen Einrichtungen wie Freizeitheimen, der Volkshochschule und anderen Institutionen soll weiter ausgebaut werden.
Die Verwaltung befürwortet den Antrag.

50
Hannover / 17.06.2016